

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der Abwehrkampf ist berechtigt.

Urteil der belgischen Sozialisten.

Brüssel, 27. März. (Gca.) Der frühere Minister Abg. Wau-  
ters hat sich Journalisten gegenüber eingehend über die Reise ge-  
äußert. Seiner Meinung nach werde die Besetzung nicht auf  
brutale Weise durchgeführt. Die Bevölkerung belage sich zwar  
nicht über die Haltung der Truppen. Sie glaube jedoch, es wäre  
besser gewesen, wenn man wissenschaftliche Delegierte an Stelle der  
Soldaten zu ihnen geschickt hätte. Sie hätten sich dann vielleicht  
anders verhalten; aber sie wollen nicht als Sklaven behan-  
delt werden. Die Ruhrarbeiter handelten nicht unter dem Druck  
der Nationalisten, Kapitalisten oder der Regierung, sondern weil sie  
das Vorgehen ihnen gegenüber sich nicht gefallen lassen  
wollten. Indessen erklärten die deutschen Arbeiter, daß man  
verhandeln müsse, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Truppen  
aus den Bahnhöfen und Fabriken verschwinden und daß die  
Unverletzlichkeit des deutschen Gebietes garan-  
tiert werde. Usdank würden sie bereit sein, wieder an die Arbeit  
zu gehen. Die Schlussfolgerung der belgischen Sozialisten ist, daß  
1. die Deutschen im Recht seien, wenn sie nicht unter den Bajonetten  
arbeiten wollen; 2. wenn sie gegen die Besetzung protestieren und  
3. wenn sie behaupten, daß diese Besetzung überflüssige Ausgaben  
verursache.

Amsterdam, 27. März. (WLB.) Der Sonderberichterstatter des  
sozialistischen „Het Volk“ hatte in der Zentrale des Bergarbeiter-  
verbandes in Bochum eine Unterredung mit mehreren leitenden  
Persönlichkeiten. Hierbei wurde u. a. erklärt: Der französische Opti-  
mismus ist für diejenigen, die die Tatsachen kennen, unbe-  
gründet. Wir begreifen, daß die Regierung Poincaré nach zwei  
Monaten fruchtloser Besetzung das Bedürfnis hat, dem französischen  
Volke mit optimistischen Mitteilungen neuen Mut zu machen,  
aber wer wie wir täglich mit diesen Tatsachen zu tun hat, weiß den  
Wert dieser Mitteilungen einzuschätzen. Wir können uns nicht  
vorstellen, daß französische Sachverständige den Optimismus  
ihrer Regierung teilen. Es ist keine Rede davon, daß die deutschen  
Arbeiter in einigermassen nennenswerter Zahl auch nur einen  
Augenblick die Reizung gegen, für die besetzende Macht Handlanger-  
dienste zu leisten. Wenn bei den Arbeitern eine Veränderung be-  
merkbar ist, dann ist sie in entgegen gesetzter Richtung erfolgt.  
Die französisch-belgischen Maßnahmen der letzten Zeit, die Raubart  
des Aufstiegs, das Niederschlagen von Kameraden, die  
Quälereien gegen die Bevölkerung haben den Geist des Wider-  
standes eher gestärkt als geschwächt. Vor einer imperialistischen  
Macht, die uns mit dem Bajonet an die Arbeit treiben will, werden  
wir uns nicht beugen.

### Mac Donald, Henderson und Thomas in Paris.

London, 27. März. (WLB.) Die Arbeiterführer Ramsay Mac  
Donald, Henderson und Thomas werden Donnerstag nach Paris  
fahren, um an der neuen Konferenz mit französischen, belgischen und  
italienischen Sozialisten über die Reparationsfrage teilzunehmen.

London, 27. März. (WLB.) Am Sonntag findet in London  
eine große Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei statt. Bei  
einer Sonntag abend stattfindenden Kundgebung wird Ramsay  
Mac Donald über die sozialistische Bewegung in England  
sprechen. Ferner werden Longuet, Frankreich und Crispian  
Deutschland sprechen. Sie werden vermutlich eine gemeinsame  
Politik zur Behandlung der Ruhrfrage und des Reparationsproblems  
vorschlagen.

### Ausfuhrfrage und englisch-deutscher Handel.

London, 27. März. (WLB.) Wedgwood Benn brachte zum  
Schluß der gestrigen Unterhausdebatte einen Antrag ein, in dem  
unter Hinweis auf den geringen Umfang der eingegangenen Beträge,  
ferner unter Hinweis auf die für die britischen Kaufleute entstehen-  
den Nachteile und die besondere Lage im Ruhrgebiet die Ein-  
stellung der Anwendung des Reparationsgesetzes vom Jahre 1921  
gefordert wird. Schatzkanzler Baldwin erklärte sich gegen den  
Antrag und sagte, das Reparationsgesetz habe seit letztem April  
7 Millionen Pfund und im ganzen 11 Millionen Pfund eingebracht.  
Bisher befänden keine Anzeichen für einen Niedergang des  
Handels mit Deutschland. Der Antrag Wedgwood Benn wurde mit  
142 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

### Stinnes in Italien.

Die französische Presse schenkt merkwürdigerweise der Reise  
Stinnes' nach Italien mehr Aufmerksamkeit als sie es verdient.  
Selbst die linksdemokratische Pariser „Ere Nouvelle“ schreibt, es sei  
nicht übertrieben, dieser Reise eine größere Bedeutung beizulegen.  
Die mahren Herrscher Deutschlands seien gegenwärtig die Groß-  
industriellen. Wenn der mächtigste unter ihnen nach einem Lande  
der alliierten Mächte beordert werde, so müsse man dies als ein  
Randöver großes Stills betrachten. Deutschland habe in  
der letzten Zeit eine politische Vermittlung gesucht, heute scheine es  
eine wirtschaftliche Vermittlung anzustreben. Es bleibe jedoch  
zweifelhaft, ob die zweite Reise erfolgreicher sein werde als die  
erste.

Auch im „Echo de Paris“ werden „von besonders diplomatischer  
Seite“ Ausführungen veröffentlicht, die das lebhafteste Interesse der  
französischen Regierungskreise für Stinnes' italienische Reise kenn-  
zeichnen. Es heißt darin, daß Stinnes nicht nach Rom gekommen  
sei, um nur mit den amerikanischen Großindustriellen zu verhandeln.  
Das sei nur ein Vorwand gewesen. In Wahrheit habe Stinnes im  
Einvernehmen und im Auftrage des Reichs-  
kanzlers in Rom den Versuch gemacht, die italienische Regie-  
rung für eine Vermittlung in der Ruhrfrage zu gewinnen. Es sei  
das dritte Mal seit der Ruhrbesetzung, daß Deutschland Mussolini in

ein derartiges Unternehmen zu verwickeln suche. Stinnes habe mit  
Absicht einen Augenblick gewährt, wo Mussolini eine Zusammen-  
kunft mit dem belgischen Minister Jaspar erwartet, um sich die Mög-  
lichkeit zu geben, mit Hilfe Belgiens deutsche Vorschläge an Frank-  
reich zu übermitteln. Einen neuen Reparationsplan habe Stinnes  
indessen nicht nach Rom gebracht; das sei aus seiner Unterredung  
mit den Vertretern Mussolinis, dem Generalsekretär des italienischen  
Außenministeriums Contarini, klar geworden. Es sei anzunehmen,  
daß Contarini den Inhalt seiner Unterredung mit Stinnes  
Mussolini mitgeteilt habe, jedoch Stinnes den Rat gegeben habe,  
seinen Einfluß beim deutschen Reichskanzler dahin geltend zu machen,  
daß dieser sich direkt an Belgien und Frankreich wende.  
Mit Mussolini, der nach Mailand abgereist war, sei Stinnes  
nicht zusammengetroffen.

Die Ausführungen im „Echo de Paris“ erscheinen uns reich-  
lich phantastisch. Auch die Kombinationen, die an den Auf-  
enthalt von Stinnes in Italien geknüpft werden, dürften außer-  
ordentlich übertrieben sein. Stinnes mag zwar ein tüchtiger  
Geschäftsmann sein, insbesondere wenn es sich um die Interessen  
seines weitverzweigten Trusts handelt, aber seinen Ausflügen in  
das Gebiet der „hohen Politik“ schenkt das deutsche Volk nicht die  
Bedeutung, die ihnen von der Sensationspresse des In- und Aus-  
landes angebracht wird.

### Androhung von Repressalien.

Paris, 27. März. (WLB.) General Degoutte hat an die Be-  
sitzer der besetzten Gebiete einen Erlaß gerichtet, in welchem es  
heißt: „Anschläge aller Art sind auf die Besetzung veräußert worden.  
Diese Anschläge sind die offensichtliche Folge der nationalistischen  
Propaganda. Sie werden offensichtlich von der deutschen  
Regierung unterstützt, die die Verantwortung dafür trägt. Wenn  
sich solche Anschläge wiederholen sollten, wäre der Oberkomman-  
dierende der Truppen gezwungen, strenge Unterdrückungsmaßnahmen  
zu ergreifen. Die Bevölkerung läuft Gefahr, mit den Urhebern  
dieser Anschläge solidarisch erklärt zu werden. Es liegt daher in  
ihrem eigenen Interesse, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung  
stehen, eventuell scharfe Maßnahmen zu verhindern.“

### Selbstmord und keine Ermordung!

Paris, 27. März. (Gca.) Die Nachricht von der Ermordung eines  
französischen Unteroffiziers im Ruhrgebiet wird jetzt amtlich  
als unrichtig erklärt. Es handelt sich um den Selbstmord eines  
Soldaten in Wetter, der angeblich mit seinem Gewehr unvorsichtig  
hantiert haben soll.

Neunkirchen, 27. März. (WLB.) Infolge eines Angriffes auf  
den hiesigen Plakkommandanten hat der Präsident der Re-  
gierungskommission für die Gemeinden des Kreises Ottweiler  
die Polizeistunde von 8/12 Uhr abends bis 5 Uhr morgens festgesetzt.  
Sämtliche Versammlungen, Aufführungen und Kundgebungen sowie  
Ansammlungen auf offener Straße und Zusammenrottungen von  
mehr als zwei Personen sind nach Eintritt der Dunkelheit verboten.

### Klara Zetkin angehalten — und freigelassen.

Paris, 27. März. (Gca.) Dem Haras-Bureau wird aus Düffel-  
dorf gemeldet, daß die bekannte Kommunistin Klara Zetkin auf  
dem Wege nach Essen, wo sie in einer kommunistischen Versammlung  
sprechen wollte, auf dem von den Franzosen überwachten Bahnhof  
Scharnhorst festgenommen worden ist. General Degoutte hat  
sodann nach Eintreffen dieser Nachricht angeordnet, daß Frau Zetkin  
wieder auf freien Fuß gesetzt werde. Sie hat darauf hin  
ihre Reise fortgesetzt.

### Neue Erfolge der Fremdenpolizei?

Prag, 27. März. (WLB.) Zu den Ausweisungen von Tschechen  
aus Deutschland verlautet heute, daß die aus Deutschland Ausge-  
wiesenen zumeist Arbeiter und in ihrer Existenz ruiniert worden  
seien. Sie müßten bei der Ankunft in ihrer Heimat unterstützt  
werden, so daß also auch dem Staat ein Nachteil entstanden wäre.  
Die tschechoslowakischen Behörden bestehen darauf, daß die der hiesi-  
gen Regierung dokumentarisch bekanntgegebenen Fälle von Aus-  
weisungen durch die Ausweisung einer entsprechenden Anzahl von  
Reichsdeutschen beantwortet werden. Dadurch soll das  
Gleichgewicht hergestellt und dann erst die Verhandlungen über  
die Wiedereinlassung der Ausgewiesenen eröffnet werden.

Die Ausweisungen tschechoslowakischer Staatsbürger wirken  
drüber um so verblüffender, als die tschechische Regierung, die doch  
nun einmal mit Frankreich verbündet ist, soeben die Einreise reichs-  
deutscher Kinder zur Erholung gestattet hat. Das Kapitel Fremden-  
polizei sollte einmal im Landtag gründlich beleuchtet werden —  
ebenso wie im Reichstag die Verweigerungen der Einreisewilligen  
für tschechoslowakische und sogar deutschösterreichische  
Staatsbürger. Man verweigert in Prag und Wien das Bismarck-  
systematisch, trotzdem heute kein Ausländer mehr nach Deutsch-  
land kommt, um hier billiger zu leben als daheim.

Die südlawischen Parlamentswahlen sind beendet. Die neue  
Stupschina hat folgende Zusammensetzung: 109 Russisch-Rubische,  
52 Demokraten, 71 Russisch-Kroaten (Programm: Autonomie und  
Republik), 22 Slowenisch-Kroaten, 13 südbosnische (patriotische)  
Türken, 12 bosnische Mohammedaner, 9 Bauernbündler,  
8 Deutsche, 8 Sozialisten, 1 Rumäne und 9 Wlache.

### Stille an der Börse.

Im Berliner Devisenverkehr war das Geschäft heute  
ziemlich still. Die Kurse hielten sich auf der bisherigen Höhe. Die  
Nachfrage nach Effekten ist jedoch noch immer durchweg lebhaft, be-  
sonders gesucht sind oberösterreichische Werke und Schiffahrtswerte.

## Die neue Wohnungsabgabe.

Von Hermann Silber Schmidt.

Am 14. März hat der Reichstag mit ganz geringer  
Mehrheit die Abänderung des Gesetzes über die Erhebung  
einer Abgabe zur Förderung des Wohnungs-  
baues beschlossen. Diese Änderungen haben mit rückwirkender  
Kraft — ab 1. Januar — Gesetzeskraft erlangt, nachdem  
der Reichsrat dem Reichstagsbeschluss beigetreten ist.

Nach dem Gesetz erheben die Länder und die Gemeinden  
lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der  
Siedlung eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher  
Gebäude oder Gebäudeteile, die vor dem 1. Juli 1918  
fertiggestellt sind.

Diese Abgabe beträgt vom 1. Januar 1923 ab 3000  
Prozent, das ist das 30fache der Friedensmiete. Bei einer  
Friedensmiete von jährlich 400 M. beträgt die Abgabe 30 mal  
400 gleich 12000 M.

Mit diesen Mitteln sollen Wohnungsbauten errichtet wer-  
den, die dauernd Eigentum öffentlich rechtlicher oder gemein-  
nütziger Stellen bleiben müssen, und nur aus besonderen  
Gründen in Privateigentum errichtet und verbleiben, wenn  
durch geeignete Maßnahmen, insbesondere „dingliche  
Sicherungen“, übermäßige Gewinnmacherei verhindert  
wird. Solchen bereits beobachteten wucherischen Gewinn-  
machereien wird, so hofft man, mit dieser neuen Vorschrift  
wirksam entgegengetreten werden können.

Das Gesetz bringt zwei Neuerungen von beachtlicher  
Bedeutung.

1. Wer gewerbliche Räume neu errichtet oder neu  
schafft, ist verpflichtet, für einen Teil der mehr Beschäftigten neuen  
Wohnraum zu erstellen; und

2. Ein angemessener Teil der aufgebracht Mittel kann auch  
zur Unterstützung von Unternehmungen verwandt  
werden, die auf dem Gebiete der Baustoffherzeugung, des Baustoff-  
handels oder der Bauunternehmung anerkannt gemeinnützig  
sind, die nachweisbar den Kleinwohnungsbau fördern und ver-  
billigen und die Gewähr für eine sachgemäße Verwendung der  
Gelder im Interesse des Kleinwohnungsbaus bieten.

Das Gesetz bringt ferner bestimmten sozial schwachen Per-  
sonen eine Erleichterung, die auf Antrag ohne weiteres  
von der Abgabe befreit werden. Das sind Sozialrentner,  
Kriegeschädigte und Kriegerhinterbliebene, Kleinrentner und  
Personen, die Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und  
Waisenspensionen erhalten; außerdem unter bestimmten Bedin-  
gungen Personen, die über 60 Jahre alt sind; und ferner  
können Personen befreit werden, wenn Krankheit oder  
Erwerbslosigkeit vorliegt, oder wenn wegen großer  
Kinderzahl oder aus sonstigen Gründen die Erhebung der Ab-  
gabe eine besondere Härte bedeuten würde. Das Gesetz enthält  
noch weitere Neuerungen, deren Besprechung in diesem Zu-  
sammenhang zu weit führen würde.

Es sind insbesondere zwei Gründe, die gegen das Gesetz  
ins Treffen geführt werden. Einmal die enorme Belastung  
aller Nutzungsberechtigten und der bisherige Wucher mit Bau-  
stoffen, der einen erheblichen Anteil der Abgabe verschlungen  
hat.

Ueber die Höhe der angeforderten Mittel dürfte kaum  
ein Streit bestehen. Jeder, der wirtschaftlich zu denken vermag,  
wird zugeben, daß die Mittel aufgebracht werden müssen, mit  
denen die alten Wohnhäuser und gewerblichen Räume vor dem  
Verfall geschützt und gebrauchsfähig erhalten werden und die  
erforderlichen neuen Räume erbaut werden können. Dieser  
Notwendigkeit könnte sich auch kein sozialistisches Gemeinwesen  
verschließen.

Die Auffassung wird aber darüber auseinandergehen, ob  
die Abgabe die richtige Einnahmequelle ist und ob  
sie die alleinige sein kann oder sein darf. Ueber diesen Gegen-  
stand werden die Verhandlungen weiter zu führen sein. Der  
Reichstag nahm bereits eine Entschließung an, in der die  
Regierung aufgefordert wird, die erwerbsfähigen  
Jugendlichen zur Finanzierung des Wohnungswesens  
heranzuziehen.

Es handelt sich also nur darum, ob die Lohn- und  
Behaltsempfänger diese neuen Lasten tragen können.  
Angesichts der ungeheuer gestiegenen Preise für alle Produkte  
des Bedarfs, hinter denen die Löhne und Gehälter immer  
mehr zurückbleiben, kann die Frage nicht bejaht werden, auch  
dann nicht, wenn anerkannt werden muß, daß die heutigen  
Mieten im Verhältnis zur Friedensmiete und im Verhältnis  
der Kaufkraft des heutigen Lohnes zum Friedenslohn noch sehr  
gering sind.

Darum hat die sozialdemokratische Fraktion im Wohnungs-  
ausfluß und im Plenum des Reichstags gefordert, daß diese  
Sonderbelastung durch besondere Erhöhung der Löhne und  
Gehälter abgeburdet werden muß. Der Minister erklärte  
hierzu im Reichstag:

„Ferner wünschen die Lohn- und Gehaltsempfänger zu wissen,  
ob die Verbrauchsverwendung für ihre Mieter auch bei der Lohn- und  
Behaltseinstellung ihre Berücksichtigung finden sollen. Demgegen-  
über habe ich zu erklären, daß es der Regierung fern liegt, eine der-  
artige Abgabe auf Kosten des Reallohnes der Arbeiter  
entrichten zu lassen. Es versteht sich ganz von selbst, daß auch diese  
Ausgaben bei der Feststellung der Kosten der Lebensbedürfnisse ein-  
gerechnet werden müssen und daß sie dementsprechend auch bei den  
Verhandlungen über Löhne und Gehälter geltend gemacht werden  
müssen. Die Regierung wird auch bei derartigen Verhandlungen  
in entsprechender Weise Stellung nehmen.“



Im Hinblick auf die Verbilligung der Bauten durch Bau-  
stoffherzeugung, Baustoffhandel und Bauherstellung trifft das  
Gesetz nur die Bestimmungen, daß ein bestimmter Teil der Ab-  
gabe solchen Unternehmen zugewendet ist, die geeignet erschei-  
nen, im Wege der freien Konkurrenz die Preise herab-  
zudrücken und die Monopolstellung der Syndikate zu durch-  
brechen.

Im übrigen konnte in dieser kurzen Zeit nur durch ver-  
waltungsrechtliche und Kontrollmaßnahmen die Vorbereitung  
getroffen werden, um den Ueberlebensbedingungen der Syn-  
dikate und Kartelle zu begegnen. Weiter kommt es darauf an,  
ob bei der Mehrheit des Reichstages der Wille vorhanden ist,  
diesem unerhörten Zustand ein Ende zu machen und andererseits,  
ob die Regierung den Willen zum Durchgreifen besitzt.  
Auch darüber suchte die Fraktion durch positive Fragestellung  
Gewißheit zu erlangen. Der Minister antwortete:

„Der erste Redner aus dem Hause hat besonders Wert auf die  
Verbilligung der Baustoffe, der Bauausführung und des Baustoff-  
handels gelegt. Ich kann ihm in seinen einschlägigen Ausführungen  
nur aus ganzem Herzen zustimmen und ihm wiederholt die Ver-  
sicherung geben, daß die Regierung bereit ist, alles zu tun,  
was irgend in ihren Kräften steht, um diesem Ziele zuzusteuern.  
... Wir werden in dieser Beziehung auch mit dem Ausschuß in  
ständiger Fühlung bleiben.“

Bezüglich der Verbilligung des Holzes für den  
Kleinstwohnungsbau ließ der Minister für Ernährung und Land-  
wirtschaft auf unsere konkrete Frage erklären, daß er auch  
fernerhin auf die Länder einwirken werde, und trotz juristischer  
Bedenken sei er bereit, in Verbindung mit dem Wohnungsaus-  
schuß und den Vertretern der Länder erneut die Frage zu  
prüfen, ob und wie weit es notwendig erscheint, das gesteckte  
Ziel auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu erreichen.

Nimmt man die eingeleiteten Verwaltungs- und Kontroll-  
maßnahmen hinzu und außerdem die Entschliebung, die da  
fordert, daß die Regierung möglichst bald ein Kartell-  
gesetz einbringe, welches bestimmte Einschränkungen der  
wirtschaftsfähigen Kartellgewalt verlangt, so darf man  
hoffen, daß gute Ansätze zur Befämpfung der Bauwuchererei  
geschaffen sind. Jetzt heißt es, nicht mehr nachlassen und kräftig  
nachhaken.

Die Gegnerschaft dieses Gesetzes wird im Reichstage ge-  
bildet von den Deutschen Nationalen, die geschlossen gegen  
das Gesetz eintreten, durch erhebliche Teile der anderen bürger-  
lichen Parteien und durch die Kommunisten.

Die gesamten bürgerlichen Parteien sind geschworene  
Gegner der heutigen Wohnungsbewirtschaftung; sie erstreben  
die freie Wirtschaft. Während der eine Teil auf die so-  
fortige Beseitigung hinarbeitet, hält der andere es aus Zweck-  
mäßigkeitsgründen noch nicht für zeitgemäß. Diese Politiker  
meinen sogar, die Wohnungsabgabe und das Reichsmieten-  
gesetz könne der freien Wirtschaft die Wege ebnen, indem die  
Mieten dadurch langsam an hohe Mietzahlungen gewöhnt wer-  
den. Dagegen gehen die anderen von der Auffassung aus, je  
weniger neue Wohnungen geschaffen werden, um so größer  
die Nachfrage und die Not der Wohnungslosen und um so  
schneller bricht die Zwangsbewirtschaftung zusammen. Was  
dann folgt, ist die sogenannte freie Wirtschaft. Innerhalb die-  
ser Wirtschaft wird der Preis der Wohnung bestimmt durch  
das in einem neu erbauten Hause investierte Kapital, das durch  
die Miete verzinst und damit rentierbar wird. Die weitere  
Folge ist, daß die Mieten der alten Wohnungen auf die  
gleiche Höhe steigen und dem Besitzer zu einem unberech-  
tigten Gewinn und zur ungeheuren Steigerung der  
Bodenrente verholfen wird.

Die Kommunistische Partei lehnt ebenfalls die  
Bewilligung der Abgabe ab und fordert, daß die  
Mittel zur Fortführung des Wohnungsbaues durch die Er-  
fassung der Schwerte der Besitzenden bereitgestellt werden.  
Die Kommunistische Partei weiß sehr wohl, daß zurzeit nicht  
die geringste Aussicht besteht, diese Forderung zu verwirk-  
lichen. Sie hat daher nur eine partiagitatorische Bedeutung.  
Wäre nach den Wünschen dieser Partei die Abgabe abgelehnt,  
so bedeutete dies in der Praxis die stärkste Benachteiligung

der Mieterbevölkerung und eine direkte Unterstützung  
der Pläne der Gegner der heutigen Wohnungswirtschaft.

Wer in der heutigen Situation die öffentlichen Mittel zur  
Förderung des Wohnungsbaues verweigert, wirkt bewußt oder  
unbewußt für die Aufhebung der Zwangswirtschaft und gegen  
die vitalsten Interessen der in schwerster Wohnungsnot leben-  
den Mitmenschen.

Es heißt bereit sein, entweder zu einer Wohnungsmiete  
und Abgabe, womit der alte Wohnbestand erhalten und der  
weitere Bedarf durch neue Wohnungen nach und nach gedeckt  
werden kann; verzögert man diese Mittel, so führt man den  
Zusammenbruch der Zwangswirtschaft herbei und liefert damit  
die Mieter der schrankenlosen Ausnützung der Wohnungs-  
besitzer aus. Die Beispiele in der Lebensmittelbewirtschaftung  
zeigen uns die zu erwartende Entwicklung.

Unseres Erachtens kam es zunächst darauf an, die Bau-  
tätigkeit im allgemeinen und die Wohnungsbautätigkeit  
im besonderen im Gang zu erhalten, damit die Wirt-  
schaft nicht zum Stillstand kommt, die Wohnungsnot und das  
Wohnungseld nicht noch über das sonst vorhandene Ausmaß  
vergrößert und der Arbeitslosigkeit nach Kräften vorgebeugt  
werden kann. Ferner ist zu fordern, daß die aufgebrachten  
Mittel zukünftig vor den wucherischen Zugriffen geschützt  
werden.

Wie nachgewiesen, ist in dieser Richtung geschehen, was  
parlamentarisch mit unserem moralischen und politischen Ein-  
fluß möglich war. Es muß die Aufgabe der politischen Par-  
teien sein, diesen Weg fortzusetzen und die sehr beachtlichen  
Anfänge konsequent weiter zu entwickeln.

## Schulreform in Preußen.

Am 20. März 1923 hat das Preussische Staatsministerium den  
Richtlinien zugestimmt, die im Ministerium für Wissenschaft,  
Kunst und Volksbildung auf dem Gebiete des weiblichen Schul-  
wesens für die Umgestaltung der Anzeigen und der bisher darauf  
aufgebauten Oberlyzeen ausgearbeitet worden sind.

In kürzester Form zusammengefaßt, geht die Reform dahin, daß  
künftig als höhere Lehranstalt für Mädchen, einer neunstufigen  
Knabenanstalt entsprechend, eine neunstufige Volksschule  
mit der Berechtigung zum Hochschulstudium gilt, die den Namen  
Oberlyzeum führt. Den Namen „Lyzeum“ wird eine sechs-  
stufige Anstalt tragen, die das Arbeitsprogramm des Oberlyzeums  
in den ersten sechs Klassen erfüllt.

Die letzte Neuordnung des Mädchenschulwesens vom Jahre 1908  
hat eine für die damalige Zeit erfreuliche Entwicklung vor allem  
für Preußen neu begründet. Zum ersten Male wurden Mädchenschulen  
— seit 1912 tragen sie den Namen Lyzeen — als höhere  
Schulen im eigentlichen Sinne anerkannt. Zum ersten Male wurde  
darauf als organischer Ausbau weiter führende Bildungsanstalten  
gesetzt, wenn auch hauptsächlich zur Vorbereitung für den Lehren-  
innen- und Erziehungsberuf. Es muß zugegeben werden, daß auch  
heute noch an manchen Anstalten die Zusammenstellung des Lehr-  
körpers den damals aufgestellten Anforderungen noch immer nicht  
voll entspricht, und daß sogar die Lehrpläne von 1908 auch heute  
noch nicht bis zu Ende erprobt sind.

Bei der jetzigen Reform über gab es auch noch andere  
Schwierigkeiten zu überwinden. Sie konnte nicht in Angriff ge-  
nommen werden, ohne daß die Gesamtlage des ganzen preussischen  
und deutschen Schulwesens betrachtet wurde. Dazu gehörte die Aus-  
wirkung des neuen Grundschulgesetzes, das den gemein-  
samen Volksschulunterricht für die ersten vier Schul-  
jahre für Mädchen und Knaben bestimmte. Dazu kam die Reform  
der Lehrer- und Lehrerinnenbildung, womit sich demnach die Länder  
abschließend zu beschäftigen haben. Dazu kam auf dem Gebiete des  
höheren Schulwesens ein neuer Typ, die neunstufige deutsche  
Oberlyzeum, die das deutsche Kulturgut in der Vorbereitung zum  
Leben und zur Hochschule in die Mitte stellt, und den übrigen  
höheren Schulen den Mädchen offensteht. Dazu kam die auf die  
Volksschule sich aufbauende Aufbauhochschule, die in 6 Jahren  
die Universitätsreife vermittelt soll. Schließlich dürfte nicht über-  
sehen werden, daß Oberlyzeen außerhalb Preußens in größeren  
Ländern nicht bestanden.

Die neuen Reformpläne machen die künftigen neun-  
stufigen Oberlyzeen mit stärkerer Betonung der sprachlichen  
Seite zu einer Art Oberrealschule; sie werden dadurch in die  
Bereinigungen einbezogen, die am 19. Dezember 1922 von den  
Ländern für die Anerkennung der Oberrealschul-Reifezeugnisse abge-  
schlossen worden sind. Dazu kommen Änderungen und Erweiterungen  
der Lehrpläne. Ferner sehen die Richtlinien die Durch-  
führung eines verbindlichen Nadelarbeitsunterrichts vor,  
und zwar bis Obertertia, also bis zum 15. Lebensjahre. Im ein-  
zelnen werden die Lehrpläne noch durchgesehen und nach Möglichkeit  
vereinfacht werden.

In Zukunft soll der gesamte wissenschaftliche Unterricht in der  
Hand akademisch gebildeter Lehrkräfte liegen. Die Anerkennung  
jeder einzelnen Anstalt wird daher davon abhängig gemacht werden,  
daß sie dieser Forderung genügt. Ueber geringfügige Mängel bei  
sonst bewährten Anstalten wird die Schulaufsichtsbehörde in der Zeit  
des Ueberganges hinwegsehen, und Härten, die erprobte Lehrkräfte  
treffen, nach Möglichkeit zu vermeiden suchen. Ist die Reform end-  
gültig durchgeführt, dann werden wir also eine vierjährige Grund-  
schule und ein darauf aufgebautes neunjähriges Oberlyzeum  
und ein sechsjähriges Lyzeum haben, von dem ohne weiteres der  
Uebergang in ein Oberlyzeum vollzogen werden kann.

Da zu Ostern noch nach dreijährigem Elementarschulbesuch  
Kinder in die mittlere und höhere Schule eintreten können, soll für  
dieses Schuljahr noch an einem siebenstufigen Lyzeum und einem  
zweistufigen Oberlyzeum festgehalten werden. Erst von 1924 ab  
werden die auf 6 Jahre für das Lyzeum und 9 Jahre für das Ober-  
lyzeum zugeschnittenen neuen Lehrpläne voll in Kraft treten.

## Die Ketter der Nation.

### Deutschnational-kommunistische Katastrophopolitiker.

Gestern war es die „Deutsche Zeitung“, die unter der  
Ueberschrift „Sozialisten in Berlin“ der stauenden Mit-  
welt die furchtbare Entdeckung mitteilte, daß die Feindsozialisten  
zurzeit in Berlin auf der Besprechung der deutschen Sozial-  
demokratie gemeinsam im französischen Auftrag die deutsche Wirt-  
schaftsfront zu erschüttern suchen. Heute läßt die „Rote Fahne“  
in daselbe Horn. Das edle Blatt betont in einer Meldung aus  
Dortmund ganz besonders die absolute nationale Zuver-  
lässigkeit der Kommunisten, die dafür gesorgt haben, daß auf  
der Seite Concordia die Franzosen keine Kohle bekommen,  
wobei sich in Deutschland jeder Mensch nur freuen wird. Dann  
lassen sie Herrn Sosowski, der zurzeit in der heftigsten Weise  
die Kampagne gegen die deutschen Gewerkschaften in der SPD  
organisiert, in einem langen Leitartikel, der so reich an Schimpf-  
worten wie arm an Gedanken ist, auseinandersetzen, daß die  
Ententezialisten genau wie die deutschen die Handlanger der  
Bourgeoisie sind, während allein die kommunistische Inter-  
nationale die wahren Interessen Deutschlands gegen-  
über dem Versailler Vertrag und der Entente verteidigen  
kann. Und die „Rote Fahne“ fügt aus eigenem bei der Be-  
sprechung der Berliner Sozialistenkonferenz hinzu:

„Die Verhandlungen sind geführt worden, nicht wie zwischen  
den Sektionen einer einheitlichen internationalen Partei, sondern  
von Macht zu Macht. Die Unterhändler aus Paris berichten ihren  
Auftraggebern in Paris. Paris entscheidet, d. h. der Ententeimpe-  
rialismus, voran Poincaré, als dessen Handlungsperson die  
Ententezialisten in Berlin erschienen sind und als dessen gehor-  
same Willensvollstreckter die VSPD. auftritt.“

Die reaktionären Blätter werden sich über diese „sachver-  
ständige“ Unterstützung zweifellos freuen. Die „Deutsche Tages-  
zeitung“ setzt heute den geistigen Angriff der „Deutschen Zeit-  
ung“ fort. Sie behauptet, daß auf der gestern von uns gebrauchten  
Pariser Meldung des „New York Herald“ mit voller Klarheit zu  
erkennen sei, daß diese ganz sozialdemokratische Aktion als ein Zug  
in dem französischen Propagandaspiele wirkt, das auf Deutschlands  
Zermürbung und auf deutsche Verhandlungsbereitschaft auf der  
Grundlage deutscher Zermürbung hinarbeitet. Die „Tageszeitung“  
mittelt in den Bemühungen der sozialistischen Parteien eine „ernste  
und dringende Gefahr“ und behauptet ebenso wie die „Deutsche  
Zeitung“, daß „Senerings Aktion gegen die deutschsozialistische Freiheits-  
partei mit dieser internationalen Aktion der deutschen Sozialdemo-  
kratie in Zusammenhang“ stehe. Wir verstehen die Schmerzen der

## Rognak mit Ei.

Von te h a t e h a .

Was kostet wohl so eine Flasche gelbes Fisel, benamset Rognak  
mit Ei? „Dummes Zeug“, werden die Beser sagen, „das erfährt  
man doch in jeder Destille. Wer kann das Zeug überhaupt noch  
kaufen, doch höchstens Rafftes.“

Stimmt nicht. Wer wissen will, was Rognak mit Ei kostet, hätte  
mit uns den Nachzug von Rafftes nach Hammoer benutzen sollen,  
da wäre er genau im Bilde und hätte seinen Teil. . . .

Doch halt, noch sind wir in Rafftes.

Wir saßen zu fünf in der dritten Klasse, dösten so vor uns hin,  
wie man nachts um zwei eben döst, als ein älterer Herr und ein  
junges Mädchen zu uns kamen. Der Alte erzählte uns sofort, das  
wäre seine Tochter, sie hätten ein glänzendes Geschäft gemacht, viel  
Geld verdient, wären voller Freude und so fort. In fünf Minuten  
mußten wir seine ganze Lebensgeschichte. Dann zog er eine Flasche  
Rognak mit Ei aus der Manteltasche. Mit den Worten: „Die Nacht  
soll mal alle eine Freude haben“, reichte er den Sprit der Reihe  
nach herum. Er schmeckte in der Tat nach mehr. Der Zug hielt  
noch lange nicht in Wöttingen, da war die gläserne Madam leer  
und einige voll.

Der Spender, der bis dahin geschmäht hatte wie ein Jahr-  
marktsbudenmann, war einfach kostbar. Reiner Nachbarin, die  
ihre Pelzjacke auf dem Schoß liegen hatte, redete er so lange zu,  
bis sie das wertvolle Stück in das Reiz legte. Den Koffer eines  
Herrn rückte er zurecht, „der könne jede Minute herunterfallen“. In  
diesem Tempo gings weiter. Indessen, als der Schnaps zur  
Reihe ging, wurde er müde.

„So, nun wollen wir mal ein bißel die Augen wärmen und  
den Schnabel halten.“ Mit diesen Worten schürte er die Lampe  
zu, setzte sich zum Schlafen zurecht, zog seine Tochter an sich und  
begann bald Löcher in die Luft zu gurgeln. Wir anderen schliefen  
auch schon halb und halb. Somit wachte ich regelmäßig, wenn der  
Zug hält, auf. Diese Nacht wiegte ich mich wohl hin und her.  
In Kreisen stieß auf einmal jemand an meine Knie. Es war das  
junge Mädchen, das mit dem Vater ausstieg. Ich wollte nicht  
machen, der Alte stiel mir aber in den Arm:

„Zu was denn, machen Sie keine Geschichten, wir finden uns  
schon!“

„Haben Sie denn alles?“ fragte ich.

„Danke, wir haben alles. Auf Wiedersehen und glückliche  
Heimkehr.“

Damit waren sie fort. Wir duselten weiter. Von den anderen  
hieß war niemand erwacht. Die Dame neben mir schlief wie ein  
Murmeltier.

Auf einmal hörte ich einen Schrei, als ob jemand am Spiegle  
gröflet wird. In mein schläfriges Gehirn bohrte sich der Ruf:

„Meine Pelzjacke ist fort. Meine teure Jacke. Ach, Unglück, was  
sag ich an!“

Wir schnellten alle in die Höhe wie Stehaufmännchen. Richtig,  
die haarige Hülle war weg. Sie konnte nur der alte Herr gekauft  
haben. Es dauerte nicht lange, da schrie ein anderer: „Gottver-  
dammlich, mein Koffer ist leer, wer war das Luder?“ Auch das  
ermies sich als richtig. Der Mann weinte vor Wut.

Es stellte sich bald heraus, daß jedem etwas fehlte. Dem in  
der Ecke, der noch halb schlief, die Geldtasche, jenem der Hut und  
die Stiefel, mir der Selbstbinder und die Mütze, der Dame neben  
dem Pelz die abgegriffene Tasche.

Vater- und Tochter waren also ausgeflogte Spitzhüben gewesen.  
Nun erinnerten wir uns auch, daß das Mädchen nicht mitgetrunken  
und der Alte nur genippt hatte. In dem Rognak war zweifellos  
Schlafpulver gewesen, daher der bierne Schlaf bei uns allen.

Wir machten Inventur und stellten fest, daß für über eine  
Million Werte gemopft waren. Wiedergesehen wird wohl davon  
keiner etwas haben.

Nun wußten wir aber, wie teuer so eine Flasche Obst kommen  
kann. Was muß der Gauner gelacht haben, als er auf meine  
Frage, ob er auch alles hätte, antwortete: „Ja, danke, ich hab alles.“  
Er hatte in der Tat alles, das war richtig. Jedesmal wenn ich  
Rognak mit Ei sehe, denke ich an meinen Selbstbinder. Und an die  
Freude, die wir jene Nacht erlebt haben. . . .

Die Bernhardt und die Duse. Für uns Deutsche ist die Duse  
die viel größere Künstlerin, die immer aus Herz rührt, die das echte  
Gefühl gibt, wo die Bernhardt eine raffinierte Virtuosa blieb. Ge-  
legentlich des Berliner Gastspiels von Sarah Bernhardt im Jahre  
1902 hat Eugen Ibsen die beiden Schauspielerinnen in der Ver-  
körperung der „Kameliendame“ verglichen (abgedruckt in seiner  
Kritikensammlung „Zur modernen Dramaturgie“).

Bei der Darstellung der Kameliendame — schreibt er — zeigte  
es sich in überraschender Weise, daß Sarah Bernhardts Spielweise  
in Einzelheiten nicht unbedingt feistlich, sondern auch jetzt noch  
äußerer Anregung und Beeinflussung zugänglich ist. Im dritten Akt,  
wenn Marguerite Gautier den Brief an den Geliebten schreibt und  
ihm in einer rührenden Abschiedsszene entsetzt, war sie allerdings  
ganz sie selbst und kein Zug hat sich darin seit zwanzig Jahren ver-  
ändert. Der Schmerz, der sie erfüllt, als sie wieder in das trübe  
Element ihrer Vergangenheit zurückgeschleudert wird, fand bei ihr  
die weichen Töne und die vielseitigsten Ausdrucksmittel in Mienen  
und Gebärden. Von hier ab mußte sie über den Preis der Dar-  
stellung an Frau Duse abtreten, bei der wir alle, wenn auch noch  
so glänzend ausgeführte schauspielerische Technik vergehen und uns  
an dem Bilde unmittelbaren Lebens erfreuen. Deutlich war es zu  
bemerkten, wie die Französin hierbei die Spuren der Italienerin ein-  
sentkte, Fränkchen ihres Spiels in sich aufnahm und individuell zu  
verarbeiten suchte. Den angsterfüllten Jurist „Armand!“ wendete  
Frau Bernhardt bereits in dem Zwiesgespräch mit dem verlorenen

Geliebten an, während Frau Duse ihr erschütterndes „Armando!“  
erst ausstößt, wenn dieser ihr vor der ganzen Gesellschaft die Bank-  
noten ins Gesicht wirft. In ähnlicher Weise versuchte Frau Bern-  
hardt auch in der Strohbedene den Brief, der ihre Rechtfertigung ent-  
hält, nicht erst abzulesen, sondern, weil sie ihn mit ihren Tränen oft  
genug benetzt hat, aus dem Gedächtnis herzugeben. Aber sie wendete  
dabei die Nuance an, daß sie an einer Stelle ins Stocken kam und  
sie erst in dem Schreiben selbst suchen mußte. So begünstigten sich  
die beiden großen Künstlerinnen und es war dem Publikum über-  
lassen, sich mehr für die eine oder die andere zu entscheiden. Die  
jüngere und reinere Natur ohne Trübung durch virtuosenhafte Ueber-  
treibung ist jedenfalls Frau Duse, während die Frau Bernhardt  
etwas von dem verzehrenden Ehrgeiz einer Bühnendespotein steckt,  
die im Gefühl ihrer Kraft alles an sich reißen will und vor nichts  
zurückschreckt.

Wie alt sind unsere Braunkohlen? Je mehr man uns von  
unserem Steinkohlenreichtum genommen hat oder zu nehmen sucht,  
desto wichtiger wird für uns die Braunkohle, deren Geschichte daher  
auch größere Aufmerksamkeit erregt. Die Frage nach dem Alter der  
Braunkohlen beantwortet Rudolf Hundt in der Leipziger „Illustrirten  
Zeitung“. Unsere Braunkohlen sind im Tertiär entstanden und  
gehören teils oligozänen, teils miozänen Schichten an. Aus Radiom-  
werten läßt sich für das Oligozän ein Alter von 20 Millionen  
Jahren berechnen. Für die Bildungszeit dieser Braunkohlensätze  
hat man die sich regelmäßig wiederholenden Stubbenhorizonte, die  
alten Bodenoberflächen herangezogen. Nach der Zahl der Jahress-  
ringe, die sich in den alten Stubben feststellen lassen, haben die  
riesigen Baumstämme ein Alter von 1000 Jahren gehabt. Die  
zwischen den Stubbenhorizonten vorhandene Kohlenlicht wird sich  
in 3000 Jahren gebildet haben. Nach diesen Untersuchungen, die  
in der Senftenberger Gegend vorgenommen wurden, haben also die  
beiden Senftenberger Flüsse zu ihrer Entfaltung 30 000—40 000  
Jahre gebraucht. Zwischen den beiden Braunkohlensätzen liegt ein  
Zwischenmittel von 40 Metern. Bezieht man dies in die Ent-  
fernungswelt hinein, so müssen seit Beginn der Braunkohlenbildung  
bis zur Beendigung der Bildungszeit des oberen Flusses mindestens  
100 000 Jahre vergangen sein. Für das Braunkohlenlager im  
Ostfeld bei Halle hat Prof. Lang eine Werdezeit von 300 000  
Jahren errechnet; die gleiche Zeit gilt für die Braunkohlerlager bei  
Köln. Es muß also vor einigen 100 000 Jahren ein Klima in  
Deutschland geherrscht haben, das der Braunkohlenbildung günstig  
war.

Im Lustspielhaus ist die auf Sonnabend angelegte Premiere von  
„Tobby! Sag die Wahrheit!“ auf Donnerstag verschoben.

Ein Boykott gegen einen Theaterdirektor. Die Deutsche Bühnen-  
genossenschaft hat gegen Will Billa, den Direktor des Reichstheater-  
Schauspielhauses in Dresden, Antrag auf Entziehung der Spiel-  
erlaubnis bei der künftigen Konzessionsbehörde gestellt, mit der Begründung,  
daß Will Billa den Anforderungen, die man an einen Theaterdirektor  
stellen müsse, in künstlerischer und sittlicher Hinsicht nicht entspreche.

Eine Gemeinde in Konkurs. Wie aus Kollos gemeldet wird, hat  
die Gemeindeverwaltung von Gelsdorf ihre Zahlungsun-  
fähigkeit erklärt, ihre Beamten und Angestellten entlassen und ihre  
kommunale Tätigkeit völlig eingestellt.



Deutschnationalen wie die Kommunisten vollständig. Für sie beide wäre es allerdings eine ernste Gefahr, wenn es dem Einfluß der Sozialdemokratie zu verdanken sein würde, daß aus der Katastrophe in die Europa durch die Ruckaktion zu geraten droht, irgendein Ausweg gefunden werden könnte. Denn beide sind sie nur an einer Katastrophe interessiert und die heuchlerischen Redensarten, mit denen von rechts und links die Katastrophopolitiker sich als „Retter der Nation“ aufspielen, sind nur eine Verdeckung ihrer wahren Absichten. Die Sozialdemokratie, die Hauptträgerin des nationalen Abwehrkampfes, denkt nicht daran, sich von dem Geschehen deutschnationaler oder kommunistischer Abenteuer irgendwie von ihrem klaren Wege abbringen zu lassen.

### Neue Putschgerüchte in Bayern.

München, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die politisch-militärische Lage in Bayern ist nach wie vor undurchsichtig. Die Enthüllungen und Verhöörungen in Preußen und Thüringen haben zwar den Gesamtaufmarsch der rechtsradikalen Putschisten empfindlich gestört und den Ausbruch von Unruhen in Bayern am letzten Sonntag, für den zahlreiche Anzeichen vorlagen, vorläufig verhindert. Damit ist die

Gefahr jedoch noch keineswegs vorüber.

Neuerdings werden wieder mehrere bevorstehende Putschtermine genannt. Die „Münchener Post“ ist infolge der bald sprichwörtlichen Unvorsichtigkeit der Nationalsozialisten heute in der Lage, einen Dienstbefehl zu veröffentlichen, den die Nationalisten in Nürnberg verteilen. Folgende Befehle wurden erteilt: „Am 2. April nach München alle Sturmabteilungen, große öffentliche Versammlungen. Am 9. April alle Abteilungen nach Lindau am Bodensee. Alle Tage in den Abendstunden Nachübungen (Felddienst).“

Zu der immer wiederkehrenden Ansetzung von Putschterminen durch die Rechtsleute, die bisher nie innegehalten wurden, sei einmal grundsätzlich gesagt, daß naturgemäß kein verantwortlicher Politiker und Journalist dafür bürgen kann, daß der Putsch nun tatsächlich an diesen Tagen stattfindet. Aber trotz aller bisherigen Erfahrungen kann man ebensowenig mit Bestimmtheit versichern, daß der Putsch „notürlich“ wieder nicht stattfinden würde. Der gewissenhafte Beobachter kann vielmehr lediglich feststellen, daß die immer wiederkehrende Androhung von Putschen die Öffentlichkeit beunruhigen und zermürben sollte und daß die fast automatisch erfolgende Verdrängung der Putschpläne durch unsere Parteigänger die Kreise der Verschwörer dauernd gestört hat.

Die hiesige Presse der Rechtsradikalen versucht weiter mit einer

helflosigen Hege gegen Minister Seevering

die Situation zu verunkeln. Der „Börsliche Beobachter“ spricht von Deutschenverfolgungen in „Preußen“ und droht dem Monsieur Seevering: „Prost Wahrheit, Genosse, wir werden uns noch einmal sprechen!“

Die angeblich demokratischen „Münchener Neuesten Nachrichten“ überschreiben gestern ihre abfälligen Bemerkungen über die sehr berechtigten Besorgnisse in Berlin mit den Worten „Eine Berliner Stützungsaktion des Frank?“, gleichwohl hat der Hauptredakteur des Blattes heute die Stirn zu schreiben: „Jedliche Aufrollung innerer Gegensätze sollte unterbleiben, die „Münch. Neuesten Nachr.“ haben dieses Gebot stets gern befolgt.“

Die dauernde große Gefahr der nationalsozialistischen Bewegung für den Bestand der Deutschen Republik wird deutlich charakterisiert durch die neueste Kampfbrede Hillers, die dieser, umgeben von acht Sturmtrupps in Stahlhelm, hielt und in der er die Reichsminister aufs größlichste folgendermaßen beschimpft hat:

„Vor jedem Regenerunteroffizier machen unsere Minister begeißelt Parade. Je mehr sie sich vor den Feinden ducken, desto brutaler unterdrücken sie ihre national denkenden Volksgenossen. Ich predige Haß! Unsere innerpolitischen Gegner sollen uns nur haßen. Wir sind durch unsere Sturmabteilung eine Macht in Bayern und vor allem in München und lassen uns niemals auflösen. Es kommt die Zeit der Abrechnung mit der Faust. Gegen den jüdisch-internationalen Terror setzen wir germanische Gewalt. Die Parlamente müssen befristet werden, da sie uns verraten haben. Wir wollen keine parlamentarische Partei sein, sondern eine nationale Sturmarmee. Auch wenn es dem Vaterlande nichts hilft, so sollen doch zuerst die Novemberverbrecher gehängt werden. Wenn wir alle sterben sollen, so wollen wir wenigstens mit unserem letzten Atemzuge die Verräter packen und mit in den Abgrund ziehen. Durch die Bestrafung aller hohen Würdenträger der Republik, die das Vaterland verjudet haben, erlangen wir die Achtung der Welt und erhalten dann auch Waffen. Die Linke verrät Deutschland und die Rechte (im Parlament, meint er, Red.) erschlägt die deutsche Zukunft. Man darf nicht immer fragen, was nachher kommt, sondern muß unbedingt handeln. (1) Wir wollen keine Majorität werden, sondern durch die brutale Entschlossenheit uns durchsetzen.“

Die „Münchener Post“ bemerkt dazu mit Recht: „Politisch bemerkenswert ist in diesem Geschwätz vor allem, daß Hiller ganz unbedenklich die Begründung des Seeveringschen Ausstufungsverbot der deutschpolitischen Freiheitspartei in zweiseitiger Beziehung bestätigt, indem er die deutschpolitische Freiheitspartei in Preußen als mit der nationalsozialistischen identisch bezeichnet und als ihr Ziel mit klaren Worten die

gewalttätige Beseitigung der Verfassung

durch eine „nationale“ Sturmarmee angibt. Also der Vorwurf des verjudeten Hochverrats erhebt keineswegs der Begründung, Herr Abg. v. Graefe!“

Die Revision im Eszberger-Mordprozess. Oberreichsanwalt Ebermeyer sendet uns folgende Mitteilung, der wir gern Raum geben: „Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hat in der Verhandlung vor dem Reichsgericht über die Revision der Staatsanwaltschaft Offenburger gegen die Freisprechung des Kapitänleutnants v. Willinger kein Wort davon gesprochen, daß in der gegenwärtigen Zeit kein Anlaß sei, den Prozess nochmals aufzurufen; er hat nicht mehr gesagt, als die Rechtslage gebietet hat. Was ihm in der Morgen Ausgabe des „Vorwärts“ vom 28. Februar 1923, Nr. 98, in den Mund gelegt wird, hat der Verteidiger des Angeklagten gesagt.“

27. März

	Käufer (Reichs)	Verkäufer (Reichs)
1 holländischer Gulden	8227.80	8265.62
1 argentinische Papier-Peso	7898.20	7796.80
1 belgischer Frank	1177.05	1182.90
1 norwegische Krone	8765.50	8784.44
1 dänische Krone	3997.50	4007.50
1 schwedische Krone	5548.80	5571.40
1 finnische Mark	598.58	598.42
1 japanischer Yen	9975.—	1025.—
1 italienische Lire	1022.49	1027.57
1 Pfund Sterling	9775.—	98245.—
1 Dollar	20852.73	20957.27
1 iranischer Frank	1871.50	1878.44
1 brasilianischer Milreis	2299.28	2310.70
1 Schweizer Frank	3851.84	3870.60
1 spanische Peseta	3201.97	3218.08
100 österr. Kronen (abgefl.)	29.16	29.81
1 tschechische Krone	—	618.89
1 ungarische Krone	4.73	4.77
1 bulgarische Leva	149.62	150.85
1 jugoslawischer Dinar	—	218.96

26. März

	Käufer (Reichs)	Verkäufer (Reichs)
1 holländischer Gulden	8229.87	8270.68
1 argentinische Papier-Peso	7898.20	7796.80
1 belgischer Frank	1182.90	1182.06
1 norwegische Krone	8775.53	8794.47
1 dänische Krone	4014.93	4035.07
1 schwedische Krone	5541.11	5568.85
1 finnische Mark	561.59	564.41
1 japanischer Yen	9975.—	10025.—
1 italienische Lire	1015.95	1021.05
1 Pfund Sterling	9775.—	98245.—
1 Dollar	20862.71	20967.29
1 iranischer Frank	1838.14	1844.86
1 brasilianischer Milreis	2299.28	2310.77
1 Schweizer Frank	3851.84	3870.66
1 spanische Peseta	3201.—	3218.08
100 österr. Kronen (abgefl.)	29.04	29.20
1 tschechische Krone	618.89	621.81
1 ungarische Krone	4.65	4.69
1 bulgarische Leva	142.64	143.86
1 jugoslawischer Dinar	218.96	215.04

Es ist jetzt so weit. In den nächsten Tagen werden Reichsbanknoten zu 100000 M. in den Verkehr gebracht werden. Die Noten sind 115x190 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt, das rechtsseitig eine violette Stoffauflage mit grünen und orangefarbenen Fäden trägt. Der etwa 40 Millimeter breite, nur mit einem grauen Viniemuster besetzte Schaurand läßt bei der Durchsicht ein fortlaufendes Wasserzeichen — Eisenlaub mit Kreuzkorn — erkennen. Das Druckbild der Vorderseite wird von einem breiten, grau-violetten gehaltenen Zierrahmen eingefasst, der unten auf grauem Untergrund die Wertbezeichnung „100 000 Mark“ enthält. In der linken unteren Ecke befindet sich das von einem violetten Viniemuster freisitzend umrandete Kopfbildnis des Kaufmanns Georg Giese von Hans Holbein d. J. Der zweifarbige grau-violette Rehdruk zeigt rechts von dem Kopfbildnis den Reichsadler. Angesichts der Tatsache, daß mir zur Ausgabe von Hunderttausendern genötigt bin, berührt es mich sehr merkwürdig, daß es die Reichsschuldenverwaltung kürzlich noch für nötig hielt, die Ein- und Zweimarkscheine neu drucken zu lassen.

Sonder-Werbungskosten für Kriegsschädigte.

Die Kriegsschädigtenorganisationen hatten vor längerer Zeit durch Verhandlungen mit dem Landesfinanzamt die Festsetzung von Sonderwerbungskosten für Kriegsschädigte erreicht. Nachdem der Reichsstag im Februar einer Erhöhung der steuerfreien Beiträge zugestimmt hat, haben die Kriegsschädigtenorganisationen auch für die Sonder-Werbungskosten eine Erhöhung beantragt. Daraufhin sind die bisherigen Sätze vom 1. März ab verdreifacht worden. Die Sonder-Werbungskosten betragen demnach pro Jahr:

Die Demokraten und Groß-Berlin.

Am vergangenen Freitag tagte der Berliner Bezirksparteitag der Demokraten. Die Beratungen über eventuelle Änderungen des Groß-Berliner Gesetzes wurden dort zu Ende geführt. Nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts“ ist eine Entschließung angenommen worden, die zunächst die volle Aufrechterhaltung des Gebietes der neuen Gemeinde wie der Finanz- und Steuerhoheit für die zentralen Körperschaften verlangt. Außerdem wird in der Entschließung darauf hingewiesen, daß die Änderungen der Zahl und Größe der Bezirke wie ihrer Kompetenzen nach dem Wortlaut des Gesetzes bereits durch die Gemeindeförperschaften selbst vorgenommen werden können. Danach ist also anzunehmen, daß die Demokraten erfreulicherweise sich gegen eine vorzeitige Änderung des Gesetzes ausgesprochen und die Antragsteller auf den normalen Weg der Entscheidung der streitigen Frage im Rahmen der Selbstverwaltung durch die Groß-Berliner Einwohnerchaft verwiesen werden. — Auch die Haltung der demokratischen Stadtratsopposition in der Frage der Märzgräber wurde einer heftigen Kritik unterzogen. Der Stadtratspräsident Dr. Doose mußte die Haltung der Fraktion verteidigen. Nach seinen Ausführungen habe sich die Fraktion nicht für kompetent erachtet, einen Vorstoß der Sozialdemokratie über die Einzelheiten der Friedhofsausstattung zuzustimmen, da „nach Ansicht des zweifellos besonders kompetenten Stadtrats Ludw. Hoffmann das Schöne und Ideale des Friedhofs durch diesen Vorstoß verloren gehen würde“. Man kann sich der Meinung des „Berliner Tageblatts“ anschließen, das dazu bemerkt: „Es wäre erfreulich, wenn dieser unerquickliche Kompetenzkonflikt recht bald durch eine würdige Ausstattung des Friedhofs und einen Denkstein für die Toten überflüssig gemacht würde.“

Hunderttausender.

Es ist jetzt so weit. In den nächsten Tagen werden Reichsbanknoten zu 100000 M. in den Verkehr gebracht werden. Die Noten sind 115x190 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt, das rechtsseitig eine violette Stoffauflage mit grünen und orangefarbenen Fäden trägt. Der etwa 40 Millimeter breite, nur mit einem grauen Viniemuster besetzte Schaurand läßt bei der Durchsicht ein fortlaufendes Wasserzeichen — Eisenlaub mit Kreuzkorn — erkennen. Das Druckbild der Vorderseite wird von einem breiten, grau-violetten gehaltenen Zierrahmen eingefasst, der unten auf grauem Untergrund die Wertbezeichnung „100 000 Mark“ enthält. In der linken unteren Ecke befindet sich das von einem violetten Viniemuster freisitzend umrandete Kopfbildnis des Kaufmanns Georg Giese von Hans Holbein d. J. Der zweifarbige grau-violette Rehdruk zeigt rechts von dem Kopfbildnis den Reichsadler. Angesichts der Tatsache, daß mir zur Ausgabe von Hunderttausendern genötigt bin, berührt es mich sehr merkwürdig, daß es die Reichsschuldenverwaltung kürzlich noch für nötig hielt, die Ein- und Zweimarkscheine neu drucken zu lassen.

Sonder-Werbungskosten für Kriegsschädigte.

Die Kriegsschädigtenorganisationen hatten vor längerer Zeit durch Verhandlungen mit dem Landesfinanzamt die Festsetzung von Sonderwerbungskosten für Kriegsschädigte erreicht. Nachdem der Reichsstag im Februar einer Erhöhung der steuerfreien Beiträge zugestimmt hat, haben die Kriegsschädigtenorganisationen auch für die Sonder-Werbungskosten eine Erhöhung beantragt. Daraufhin sind die bisherigen Sätze vom 1. März ab verdreifacht worden. Die Sonder-Werbungskosten betragen demnach pro Jahr:

### Hol' über!

Die „Sechserbrücken“ und „Großschiffen“ in Groß-Berlin gehören der Vergangenheit an. Auch der Fährmann hat sich vom Kleingeld emanzipiert. Noch im vorigen Sommer wurde von Ausflüglern weiblich geschimpft, als sie für die Drei-Minuten-Überfahrt auf einem gewöhnlichen Handfah, wohlklingend Fährer genannt, zwischen Grünau und Wendischglöb eine lumpige Papiermark zahlen mußten. Wer im heurigen Frühjahr auf diesem vielbenutzten Kurzweg nach den Müggelbergen gelangen will, hat als Erwachsener einschließlich Traglast 50 M. und für ein Kind im Alter von 6—14 Jahren (Laufschon mitbringen!) 20 M. zu entrichten. Das Wochenabonnement zur einmaligen Hin- und Rückfahrt kostet 400 M., zu täglich mehrmaliger Fahrt 700 M., die Monatskarte 1600 und 2400 M., bei Kindern die Hälfte. Die übrigen neuen Fahrtrahse in Groß-Berlin stellen sich ähnlich hoch und werden wohl bis zu Pfingsten noch mehr nach oben gehen. Das wird manchen, der eine größere Familie hat, vom Besuch beliebtester Ausflugsplätze abschrecken. Schlimmlich ist es aber im Verhältnis zu allem anderen nicht zu teuer, wenn man daran denkt, daß eine frühere 5-Pf.-Postkarte auch schon 50 M. kostete und daß der Sechseromnibus ganz verschwunden und jede Autobusfahrt 250 M. beansprucht.

### Das Gerüst des Todes.

Der Baunfall des Anhalter Bahnhof vor Gericht.

Der verhängnisvolle Gerüstesturz, der sich am 16. August vorigen Jahres am Anhalter Bahnhof ereignete und den Tod von zehn Menschen zur Folge hatte, gelangte heute vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schulze zur Verhandlung. Von den Angeklagten ist inzwischen ein Modell des Gerüstbaues hergestellt worden und im Gerichtssaal aufgestellt worden. Zur Verhandlung sind zahlreiche Sachverständige erschienen. Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung haben sich zu verantworten der Inhaber der Gerüstbaufirma Leo Altmann und der Gerüstbauer Adolf Lönow. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Schwandke.

Der Angeklagte Altmann hatte es unternommen, ein Hängegerüst unter dem Dach des Anhalter Bahnhof anzubringen, da an der Bahnhofstempel Arbeiterarbeiten auszuführen waren. Am 16. August stürzte das Baugerüst ein und 12 Mann stürzten in die Tiefe, von denen 10 den Tod fanden, während zwei schwere Verletzungen davon trugen. Nur zwei Arbeiter und der Polier konnten sich noch retten. Die Anklage wirft den Angeklagten vor, daß sie fahrlässig gehandelt hätten, da sie als Unterbau für das Hängegerüst keine Leitern hätten verwenden dürfen. Es sei vorauszusetzen gewesen, daß an der Zugangsleiter ein starker Druck vorhanden sein würde. Außerdem wären die Arbeiter des Gerüsts verpflichtet gewesen, außer den verordneten S-Haken auch Sicherheitsketten zur Aufhängung anzubringen. — Der Angeklagte Altmann verteidigte sich in längeren Darlegungen damit, daß er die Ausführung des Baues in zuverlässige Hände gelegt habe. An dem fahrlässigen Teil des Gerüsts habe er festgestellt, daß die Ausführung mit größter Sorgfalt erfolgt sei. Die Ursache des Unfalles führt der Angeklagte darauf zurück, daß an dem ganzen Tage mehr als 30 Arbeiter zugleich auf dem Gerüst gewesen seien und dadurch eine zu starke Belastung erfolgt sei. Die Arbeiter seien aber nicht zu befehlen gewesen, sondern hätten schnellen Laufs das Gerüst überquert, was verboten sei. Es sei nicht richtig, wie die Anklage behauptet, daß die Anbringung von Leitern in horizontaler Lage die notwendige Sorgfalt vermissen lasse. Der Angeklagte gibt allerdings zu, daß gegen verordnete Leitern gewisse Bedenken erhoben werden könnten und daß da besondere Sicherungsmaßnahmen notwendig wären. Er habe sich aber überzeugt, daß diese Sicherung in vollstem Maße erfolgt sei. Auch den Anklagepunkt wegen nicht genügender Sicherung durch die S-Haken weist der Angeklagte als unberechtigt zurück. Der Prozess geht weiter.

### Die Demokraten und Groß-Berlin.

Am vergangenen Freitag tagte der Berliner Bezirksparteitag der Demokraten. Die Beratungen über eventuelle Änderungen des Groß-Berliner Gesetzes wurden dort zu Ende geführt. Nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts“ ist eine Entschließung angenommen worden, die zunächst die volle Aufrechterhaltung des Gebietes der neuen Gemeinde wie der Finanz- und Steuerhoheit für die zentralen Körperschaften verlangt. Außerdem wird in der Entschließung darauf hingewiesen, daß die Änderungen der Zahl und Größe der Bezirke wie ihrer Kompetenzen nach dem Wortlaut des Gesetzes bereits durch die Gemeindeförperschaften selbst vorgenommen werden können. Danach ist also anzunehmen, daß die Demokraten erfreulicherweise sich gegen eine vorzeitige Änderung des Gesetzes ausgesprochen und die Antragsteller auf den normalen Weg der Entscheidung der streitigen Frage im Rahmen der Selbstverwaltung durch die Groß-Berliner Einwohnerchaft verwiesen werden. — Auch die Haltung der demokratischen Stadtratsopposition in der Frage der Märzgräber wurde einer heftigen Kritik unterzogen. Der Stadtratspräsident Dr. Doose mußte die Haltung der Fraktion verteidigen. Nach seinen Ausführungen habe sich die Fraktion nicht für kompetent erachtet, einen Vorstoß der Sozialdemokratie über die Einzelheiten der Friedhofsausstattung zuzustimmen, da „nach Ansicht des zweifellos besonders kompetenten Stadtrats Ludw. Hoffmann das Schöne und Ideale des Friedhofs durch diesen Vorstoß verloren gehen würde“. Man kann sich der Meinung des „Berliner Tageblatts“ anschließen, das dazu bemerkt: „Es wäre erfreulich, wenn dieser unerquickliche Kompetenzkonflikt recht bald durch eine würdige Ausstattung des Friedhofs und einen Denkstein für die Toten überflüssig gemacht würde.“

### Hunderttausender.

Es ist jetzt so weit. In den nächsten Tagen werden Reichsbanknoten zu 100000 M. in den Verkehr gebracht werden. Die Noten sind 115x190 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt, das rechtsseitig eine violette Stoffauflage mit grünen und orangefarbenen Fäden trägt. Der etwa 40 Millimeter breite, nur mit einem grauen Viniemuster besetzte Schaurand läßt bei der Durchsicht ein fortlaufendes Wasserzeichen — Eisenlaub mit Kreuzkorn — erkennen. Das Druckbild der Vorderseite wird von einem breiten, grau-violetten gehaltenen Zierrahmen eingefasst, der unten auf grauem Untergrund die Wertbezeichnung „100 000 Mark“ enthält. In der linken unteren Ecke befindet sich das von einem violetten Viniemuster freisitzend umrandete Kopfbildnis des Kaufmanns Georg Giese von Hans Holbein d. J. Der zweifarbige grau-violette Rehdruk zeigt rechts von dem Kopfbildnis den Reichsadler. Angesichts der Tatsache, daß mir zur Ausgabe von Hunderttausendern genötigt bin, berührt es mich sehr merkwürdig, daß es die Reichsschuldenverwaltung kürzlich noch für nötig hielt, die Ein- und Zweimarkscheine neu drucken zu lassen.

### Sonder-Werbungskosten für Kriegsschädigte.

Die Kriegsschädigtenorganisationen hatten vor längerer Zeit durch Verhandlungen mit dem Landesfinanzamt die Festsetzung von Sonderwerbungskosten für Kriegsschädigte erreicht. Nachdem der Reichsstag im Februar einer Erhöhung der steuerfreien Beiträge zugestimmt hat, haben die Kriegsschädigtenorganisationen auch für die Sonder-Werbungskosten eine Erhöhung beantragt. Daraufhin sind die bisherigen Sätze vom 1. März ab verdreifacht worden. Die Sonder-Werbungskosten betragen demnach pro Jahr:

für Kriegsschädigte 334 000 M., für Oberarmamputierte und Träger von Stützapparaten und Hülsen für das ganze Bein 192 000 M., für Oberarmamputierte und Träger von Armapparaten 168 000 M., für Unterarmamputierte und Unterarmamputierte und Träger entsprechender Apparate 96 000 M., für Lungen-, Nieren-, Magenkrankte, Beschädigte mit organischen Nervenleiden, einseitig Blinde mit erheblicher Herabsetzung der Sehschärfe auf dem erhaltenen Auge, Beschädigte mit bleibenden Folgezuständen äußerer Verletzungen, z. B. Rückenmarkslähmung, bei einer Erwerbsminderung von 30 bis 40 Proz. 96 000 M., 41 bis 60 Proz. 152 000 M., 61 bis 80 Proz. 288 000 M., 81 bis 100 Proz. 384 000 M. Anträge auf Zubilligung der Sonder-Werbungskosten sind beim zuständigen Finanzamt unter Vorlegung des Steuerbuches für 1923 und des Rentenbescheides zu stellen. Sie können zu jeder Zeit, sobald die angegebenen Voraussetzungen erfüllt sind, gestellt werden. Die Antragstellung ist nicht mehr, wie das bisher war, an eine Frist gebunden.

### Else Flucht in Feldgrau.

„Das Geld liegt beim Bauer haufenweise umher.“

Auf einem Bauernhof in Krüsch im Kreise Ost-Sternberg diente eine Else Weber, die vorgestern plötzlich verschwand. Der Hofbesitzer suchte eine Weile vergeblich nach ihr und entdeckte dann, daß sie ihm seine goldene Uhr und in Zeitungspapier eingewickelt, 1 Million Mark mitgenommen hatte. Es wurde nun festgestellt, daß sich das unternehmende junge Mädchen unter Juristatung ihrer eigenen Habe einen feidgrauen Männeranzug angelegt und einen Herrenhut auf ihren Bubenkopf gestülpt hatte. So war sie, mit dem Zeitungspapier unter dem Arm und einen Wanderstab in der Hand, nach dem nächsten Bahnhof gegangen und von dort nach Berlin abgefahren. Die Dispozierte benachrichtigte scheinungst die hiesige Kriminalpolizei. Als nun einem im Schiefischen Bahnhof ankommenden Zuge ein frischer Jüngling mit roten Waden einstieg, der sich tief umschau und ansah, in das Leben der Großstadt hineinzusteuern, wurde er festgehalten und es entpuppte sich unter dem feidgrauen Anzug die entwichene Else Weber. Sie trug das Geld noch unter dem Arme und die goldene Uhr in der Tasche. Die Verhaftete gab ohne weiteres den Diebstahl zu. Sie sagt, sie habe es auf dem Bauernhof nicht mehr ausgehalten und die Million mitgenommen, weil das Geld dort doch nur so in Haufen rumgelegen habe. Ihre Absicht, nun einmal als Mann das Leben der Großstadt zu genießen, wurde allerdings vereitelt.

Der Berliner Arbeiter-Schachklub veranstaltet für die Osterfeiertage 1923 ein großes internationales Arbeiter-Schach-Turnier. Die Anmeldungen auswärtiger und ausländischer Vereine sind bis jetzt schon äußerst zahlreich. Es werden daher noch annähernd 200 Quoten gesucht. Alle Arbeiter-Sportvereine werden aufgefordert, den Berliner Arbeiter-Schachklub durch Stellung von Quartieren gegen mögliche Entschädigung zu unterstützen.

### Köln zu 6 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Schussakt im Zwidauer Mordprozess.

Die Verkündung des Urteils im Zwidauer Mordprozess vollzog sich gestern unter atemloser Spannung und ungeheurem Andrang. Eine riesige Menschenmenge hatte den Schwurgerichtssaal besetzt, zahlreiche Türen des Saales konnten nicht mehr geschlossen werden. Bis auf die Gänge drängten sich die Zuhörer Kopf an Kopf.

Nach mehr als einstündiger Beratung lehrten die Geschworenen jurid. Sie bejahten die Frage nach vorläufiger Tötung, verneinten aber die Schuldfragen nach Ueberlegung, sprachen also den Angeklagten des Todschlages schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände. Weiter bejahten die Geschworenen sämtliche Fragen nach Unterbringung unter Vernehmung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund des Wahrpruches eine schwere Freiheitsstrafe sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte unter Zugrundelegung der Tatsache, daß der Angeklagte ehelos gehandelt habe. Er beantragte ferner die Unteruchungshaft nicht abzurednen, weil Köln bis zuletzt gezeugnet habe.

Ramens der Verteidigung erklärte Rechtsanwalt Dr. Alberg, daß die Verteidiger zu diesem Wahrpruch der Geschworenen innerlich überhaupt keine Stellung nehmen könnten. Er müsse sich lediglich gegen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wenden und mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit auf eine milde Strafe und um Anrechnung der Unteruchungshaft bitten.

### Im Schlusswort

erklärte der Angeklagte: „Sie haben mich verurteilt. Es ist ein Irrtum, glauben Sie mir das. Ich bin völlig unschuldig. Ist sie ermordet, dann wird sich der Täter finden, wenn er hört, daß ich hier unschuldig verurteilt worden bin. Aber, auch wenn er sich nicht stellt, dann wird sich eines Tages meine Unschuld erweisen. Eine Strafe kommt für mich überhaupt nicht in Betracht. Für mich gibt es überhaupt nur noch den Tod. (Sehr erregt sich plötzlich an den Staatsanwalt wendend.) Sie schämen sich, Herr Staatsanwalt, glauben Sie mir das. Wenn Sie mich zum Tode verurteilt hätten, dann wäre es milder gewesen. So werde ich einfach verhungern, wie ich es schon einmal getan habe. Und wenn es dann zum letzten geht, dann Herr Staatsanwalt, habe ich nur noch den einen Wunsch, daß Sie dann noch zu mir kommen, und dann vielleicht doch erkennen, daß ich kein Mörder bin. (Zu den Geschworenen.) Ich bin nicht bitter, meine Herren Geschworenen, Sie sind ja auch nur Menschen und können sich als solche irren. Ich bin innerlich ganz ruhig und weiß, daß meine Unschuld sich erweisen wird.“

Nach einer einhalbstündigen Beratung verkündet dann der Vorsitzende, Landgerichtsrat Grubbe, das Urteil, das wegen Todschlages und Unteruchungshaft auf sechs Jahre, sechs Monate Gefängnis sowie auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren lautet. Die erlittene Unteruchungshaft wird mit neun Monaten angerechnet.

Bestrafte Mörder. Die Strafkammer des Landgerichts Ratibor verurteilte den Viehhändler Raik aus Radewitz, der eine Kuh mit 100 Proz. Gewinn verkauft hatte, zu vier Monaten Gefängnis und 200000 Mark Geldstrafe, den Pferdehändler Deibel aus Jabellau wegen Pferdebeschmuggels nach Polen und der Tschekoslowakei zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Millionen Mark Geldstrafe.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweilig neblig, sonst trocken und vielkalt heiter, nachts kühl, in den Tagelstunden ziemlich mild bei möglichen östlichen Winden.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 28. März.

10. Ubr. 7 1/2 Uhr Diskussions- und Jahlabend für das Senfa-Beriet, Kirch- und Thomasstraße, bei Dr. Müller, Flensburger Str. 3, alle übrigen Bezirke bei Müller, Poststr. 20.  
12. Ubr. 7 1/2 Uhr außerordentliche Justizinspektion bei Krüger, Poststr. 34.  
14. Ubr. Jahlabend in den bekannten Lokalen.  
16. Ubr. 8 Uhr Jahlabend im Lokal Wilmanns, Gehlenholzer Str. 39

### Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 27. März.

Westen. Neues Jugendheim, Steinwegstr. 10a bei Richter (Total). Die-  
tstagabend 1. Gemeindefestveranstaltung.



# Gewerkschaftsbewegung

## Betriebsräteaufklärung.

In den Mitteilungen (Nr. 56 vom Februar 1923) des Deutschen Industrie- und Gewerkschaftsbundes, der nach seinen eigenen Angaben 13 000 Einzelmitglieder und 300 angeschlossene Verbände umfasst, also eine ziemlich bedeutende Zahl, befindet sich ein Aufruf: „An unsere Mitglieder!“ Darin heißt es:

Die einseitige Einstellung der Betriebsräte auf die Interessen der Arbeiterklasse ist ein Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft und der Mangel der Verständlichkeit für seine Existenzbedingungen sind einestheils der Ausdruck eines krankhaften Hochmutes, der mit dem Fortschritt seiner jetzigen Nährquellen wieder verschwinden wird, und andernteils bedingt durch die Unkenntnis der Grundlagen und Zusammenhänge der Volkswirtschaft.

Der Hebel zur Besserung der jetzigen, auf die Dauer unentgeltlichen Verhältnisse muß also hier angelegt und es müssen die fehlenden Kenntnisse durch leicht verständliche, dem Begriffswortsinne des Richtungsgebietes angepaßte und nicht zu umfangreiche Aufklärungsschriften verbreitet werden.

Die von uns vor längerem gegründete Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse verteilt solche Flugblätter unter der Arbeiterschaft im allgemeinen. Aus den eingangs dargelegten Gründen ist die Aufklärung aber insbesondere der Betriebsratsmitglieder vor allem nötig. Deshalb beschäftigen wir, aufklärendes Schriftmaterial und Flugblätter, in denen die wichtigsten Wirtschaftsprinzipien behandelt werden, jetzt hauptsächlich an die Betriebsratsmitglieder ausgeben zu lassen. Also die Unternehmer wollen die Betriebsräte „aufklären“. Gratis und franco. Wozu? Schließlich nichts einzunehmen ist. Es ist immer gut, die Argumente des Gegners zu kennen, sich mit ihnen zu beschäftigen, sie zu meistern.

Freilich gehört dazu mehr als großspurige Redensarten über Betriebskontrolle, Bildung von Hundertschaften, Kontrollausschüsse, Arbeiterregiment usw. Diese Spielerei überlasse man ruhig den hiesigen Sozialdemokraten, wo sie freilich mit solchen Redensarten die beste Aussicht hätten, ins Gefängnis zu fliegen. Notwendig ist in erster Linie, daß die Betriebsräte volkswirtschaftliche Kenntnisse haben und in die Geheimnisse der Betriebsfaktoren eindringen.

Eine ganze Anzahl von Gewerkschaften haben bereits volkswirtschaftliche Abteilungen eingerichtet und geben besonders zur Schulung der Betriebsräte volkswirtschaftliche Merkblätter heraus. Auf der Arbeiterakademie in Frankfurt und auf den Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf werden Arbeitnehmer auf Kosten der Gewerkschaften hochschulmäßig ausgebildet. Fast in allen Teilen Deutschlands werden Kurse zur Schulung der Betriebsräte und der Gewerkschaftsmitglieder abgehalten. Es bedarf also nicht der Hilfe der Arbeitgeber. Aber wir benutzen diese Gelegenheit, nunmehr auch an die Betriebsräte und die Gewerkschaftsmitglieder den dringenden Appell zu richten, sich nicht durch Redensarten und Parolen binden zu lassen, sondern sich sachlich in ihre schwierigen Aufgabenbereiche einzuarbeiten. Dazu ist es notwendig, die Gewerkschaften zu stärken, damit diese die Mittel für die Schulung ihrer Mitglieder stets aufzubringen in der Lage sind, und dazu ist weiter dringend nötig, daß die Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder dann auch selbst die geschaffenen Einrichtungen benutzen.

Der Vortragende hob in seinen weiteren Ausführungen ferner hervor, daß die Beamtenschaft alle Ursache habe, Schulter an Schulter mit den großen Arbeiterorganisationen für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Nach der Meinung prominenter Persönlichkeiten des Deutschen Beamtenschaftsbundes vertritt auch dieser den Kopfschlag. Der Redner weist durch Verlesung von Ausführungen des Besoldungsreferenten des DVB. und des Reichsbundes höherer Beamten, daß der DVB. den Kopfschlag seit längerer Zeit zum Teil grundsätzlich ablehnt und ihn erst fordert, nachdem er das höchste Maß des prozentualen Teuerungszuschlages eingetretten sieht. Zu dem Beamtenschaftsreferat übergehend, bemerkt der Vortragende, daß der Grundgedanke, im Sinne der Betriebskontrolle, positive Mitarbeit zu leisten, an der Gestaltung ihrer eigenen Geschäfte für die Beamten zur Geltung kommen müsse. Die Geheimratsbürokratie glaube allerdings, es könnte noch einmal die Zeit kommen, wo sie in den Betrieben nicht Menschen, sondern Untertanen unter sich habe. Auf die Einwürfe von gegnerischer Seite möge gesagt sein, daß die am 13. März stattgehabte Versammlung mit Parteipolitik nichts zu tun haben dürfte. Sie sei auch als eine Versammlung des Ortsausschusses Groß-Berlin des DVB. eröffnet worden. Am Schluß seines inhaltreichen Vortrags stellte der Redner fest, daß sich Deutschland in den nächsten Tagen in einer Epoche der Revolution befinde. Alle müßten zusammenhalten, die ein Interesse an den Bestand der Republik haben. Wenn der Wind umschlagen sollte, würde es auch für die Beamten gewiß nicht besser werden. „Vorwärts und Aufwärts“, das müsse die Parole sein. (Stürmischer Beifall.)

Als Korreferent sprach der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten Grüning, der von den zielbewußten Bestrebungen dieser Reichsgewerkschaft ein klares Bild zeichnete und von gegnerischer Seite verbreitete falsche Darstellungen überzeugend zurückwies.

In der folgenden Aussprache, an der sich Anhänger und Gegner der Reichsgewerkschaft beteiligten, kam es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen. Die Redner der „Kompa“ und des Deutschen Beamtenschaftsbundes mühten sich unter lebhaftem Beifall der Versammlung, insbesondere von Händel, bittere Wahrheiten sagen lassen. Erst kurz vor Mitternacht fand die Versammlung ihr Ende.

## Tagung der Bühnengenossenschaft.

Die vier Tage Delegiertenversammlung der Deutschen Bühnengenossenschaft in Leipzig endeten schließlich über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg doch mit einem Sieg des Gewerkschaftsgedankens in den neuen Schöningen: Die Genossenschaft als Arbeitnehmergemeinschaft ist die Basis der Arbeiterbewegung in einem Wirtschaftskampf gegenüberzustehen. Das Zusammenhalten der Schauspielerschaft in diesem Ringen soll ermöglicht und gefördert werden durch besondere Disziplinarmittel gegen Ungehörigkeit. Damit soll gleichzeitig auch der Gefahr der Zersplitterung vorgebeugt werden. Aus dem Verlauf und dem Endergebnis der Tagung wird der Schupverband die Forderung ziehen müssen, seine eigene Auflösung zu vollziehen und seinen Mitgliedern den Wiedereintritt in die Genossenschaft zu empfehlen. Denn umsonst hätte die Führerin der Opposition, Frä. Borchardt aus Hamburg, verkündet, daß die Berliner Ortsgruppe zum Schupverband geschlossen sei; der Bezirksobmann für Berlin, Körner, belehrte sie und die Tagung eines anderen. Soweit keine ehrenrührigen Taten vorliegen, ermöglicht das neue Statut allen Schupverbändlern die Rückkehr. Eine besondere Resolution fordert diesen Schritt vom Schupverband.

## Lohnregelung

der Brauerei-, Mühlen-, und Spiritreinarbeiter.

Vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Ortsverein Berlin, wird uns geschrieben:

Ebenso wie in fast allen anderen Berufen Groß-Berlins mußten auch die in den Brauereien, Mühlen und in der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer langwierige Verhandlungen führen, um eine Erhöhung der Löhne für März zu erhalten. In allen drei Gruppen entschied der Schlichtungsausschuss endgültig. Arbeitgeber und Arbeitnehmer nahmen die vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedssprüche an.

Die Löhne der Brauereiarbeiter betragen rückwirkend ab 1. März wöchentlich für Gelernte 74 000 M., Fahrpersonal 73 700 M., Ungelernte 73 400 M. und Frauen 48 500 M. bzw. 49 000 M. Reinemachefrauen erhalten einen Stundenlohn von 720 M. Das Lohnabkommen gilt bis zum 4. April 1923.

Die Wochenlöhne der Mühlenarbeiter betragen rückwirkend ab 1. März bis einschließlich 28. März 1923 für Gelernte, Seilträger und Aufseher 67 000 M., Ungelernte 66 000 M. und Frauen 44 000 M.

Für die in der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein Beschäftigten betragen die Wochenlöhne ebenfalls rückwirkend ab 2. März 1923 für Gelernte 71 300 M., Aufseher 71 100 M., Ungelernte 71 000 M. und Frauen 56 800 M. Dieses Abkommen erreicht mit dem 29. März 1923 sein Ende.

## Streitbrecherantwortung für Argentinien.

Wie uns aus Buenos Aires telegraphisch wird, werden dort Agenten nach dem Erzgebirge geschickt, um Strumpfwirker als Streitbrecher für Buenos Aires zu werben. Wir machen bei dieser Gelegenheit besonders darauf aufmerksam, daß bei Arbeitennahme für das Ausland stets die größte Vorsicht zu beobachten ist und vorher bei der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation Erkundigungen einzuziehen sind.

Achtung, Eisenbahner! Alle jugendstreuen Zahlstellenleitungen des DVB, Ortsgruppe Berlin, welche nicht unter die Aufsicht der Zahlstellen fallen, entlassen morgen vormittag oder im Laufe des Tages einen Vertrauensmann mit besonderem Ausweis zur Abholung von Flugblättern nach Behnkensufer 10, Ortsbureau.

Die Ortsverwaltung. 923. Beefer.

Verband der Buchbinder und Papiererarbeiten. Der Osterfesttag wegen bleibt das Bureau am Osterabend geschlossen.

# Wirtschaft

## Das neue Genossenschaftsparlament.

Der Syndikus des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Dr. Karl Hermann Maier, macht in der neuesten Nummer der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ grundsätzliche Bemerkungen zu der Änderung des Genossenschaftsgesetzes betreffend die Einrichtung der Vertreterversammlung an Stelle der bisherigen Generalversammlung. Dr. Maier sagt dazu u. a. folgendes:

Nach der Art, wie das Volk an der Ausübung der Staatsgewalt beteiligt ist, unterscheidet man zwei Arten von Demokratien, nämlich die unmittelbare und die mittelbare Demokratie. Bei der ersteren steht die Staatsgewalt dem Volk selbst zu, das heißt der Gesamtheit der Bürger. Dieses System ist natürlich nur in kleineren Gemeinwesen denkbar. Ueberwiegend wird dagegen die Staatsgewalt nicht vom Volke selbst, sondern von dessen Vertretern ausgeübt, die durch Wahlen bestimmt werden und zu einer Volksobervertretung, einem „Parlament“, zusammentreten. . . . Anders auf dem Gebiete des Privatrechts. Die dem Privatrecht angehörigen Assoziationsformen (Vereine, Aktiengesellschaften usw.) sind durchgehend auf demokratischer Grundlage aufgebaut, indem die Vereins-, Gesellschafts- usw. Gewalt grundsätzlich den Mitgliedern (Mitgliederversammlung, Generalversammlung) zusteht, und nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung sind diese privatrechtlichen Demokratien regelmäßig unmittelbare Demokratien, da die Mitglieder die ihnen zustehenden Befugnisse selbst, nicht durch eine von ihnen gewählte Vertretung, ausüben. Während Staat und Kommune in persönlicher und räumlicher Hinsicht regelmäßig mit großen Verhältnissen zu rechnen haben, denen (schon aus technischen Gründen) nur die repräsentative Demokratie gerecht werden kann, weisen die Verhältnisse bei den privatrechtlichen Assoziationen regelmäßig einen verhältnismäßig kleinen Zuschnitt auf, so daß für einen repräsentativen Aufbau der Vereins-, Gesellschafts- usw. Demokratie kein Bedürfnis vorhanden ist. . . . Es gibt aber eine bedeutende Ausnahme. Das Gesetz vom 1. Juli 1922 hat folgende bedeutende Vorkehrung in das Genossenschaftsrecht eingefügt:

Bei Genosschaften mit mehr als 10 000 Mitgliedern besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Genossen (Vertreterversammlung). Für den Fall, daß die Mitgliederzahl mehr als 3000 beträgt, kann das Statut bestimmen, daß die Generalversammlung aus Vertretern der Genossen bestehen soll. Die Vertreter müssen Genossen sein.

Nach dem jetzt geltenden Rechte können also Genossenschaften von 3000 bis 10 000 Mitgliedern die Generalversammlung durch eine Vertreterversammlung ersetzen, während für Genossenschaften mit mehr als 10 000 Mitgliedern die Vertreterversammlung obligatorisch ist. Die Tendenz der neuen Bestimmung geht also dahin, ein Repräsentativorgan zu schaffen, das reiflos an die Stelle der Generalversammlung tritt, so daß die Mitglieder auf das Wahlrecht beschränkt sind. Es ist das erstemal, daß in Deutschland das Organisationsrecht der privatrechtlichen Assoziationen durch öffentlich-rechtliche Gedanken befruchtet wurde. Das Genossenschaftsrecht bildet nunmehr in organisatorischer Hinsicht die Brücke zwischen privatem und öffentlichem Assoziationsrecht. Während früher die privatrechtlichen Korporationen ausnahmslos unmittelbare Demokratien waren, findet heute eine Zerteilung statt, indem grundsätzlich zwar die unmittelbare Demokratie vorherrscht, wichtige Gebiete aber, nämlich die großen Genossenschaften, ausnahmsweise den Top der repräsentativen Demokratie aufweisen.

Verantwortlich für den Inhalt: Text: Dieter Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

## Kommunalbeamte in die Gewerkschaftsfront!

Eine öffentliche Kommunalbeamtenversammlung, einberufen von der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten (Ortsverwaltung Berlin), die am Montag in den Sophien-Sälen stattfand, beschäftigte sich mit der auf der Tagesordnung stehenden Frage: „Reichsgewerkschaft oder Kompa?“ Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Fischer als Leiter der Versammlung mit, daß der Kompa zum heutigen Abend drei andere Versammlungen für seine Mitglieder einberufen habe. Um so erfreulicher sei die Tatsache, daß die Versammlung sich demnach eines so zahlreichen Besuches erfreuen könne.

Hierauf sprach als erster Referent der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes Falkenberg. In seinen sehr klaren und umfangreichen Ausführungen streifte der Redner auch die Vorgänge im Ruhrgebiet und wandte sich dabei gegen die nationalsozialistische Auffassung, Frankreich strecke Schlagen zu können. Die Abwehr durch positive Resistenz müsse aufrechterhalten werden. Die feste Linie der Reichsregierung zu den Schichten, die in erster Linie die Abwehr im Ruhr- und Rheingebiet zu bewirken haben? Es müßte doch für die Stärkung dieser Schichten gefordert werden. Schwierig werde das Einkommensteuergesetz hierzu beitragen, das alle Gewinne auf die eine, alle Mieten auf die andere, die schwächere Seite

**Wilhelm Meyer**  
Schönholz, St. 20.  
verhoben.  
Einrichtung  
Donnerstag  
Freitag, Samstag.  
Rege Beteiligung.  
erwart. D. Verst.

**Wih. K. F. Lange**  
Holzmarktstraße 5  
Jannowitz-Passage.

**Zinn**  
Gold-, Silber-Bruch

**Quecksilber**  
Blei, Kupfer, Platin  
usw.

kauft 2. Engrospreise  
Scharow, Laage Str. 35  
am Schindler'schen Bahnh.

**Weißer Keller**

**Zeitungs-papier**  
gebündelt, kg 250.-  
Saus- Wein-  
lampen Stoffe  
Gobe Stoffe  
Neukölln, v. 178  
Langgasse, Reinholden  
Grenze, Reut. 281.

**Gold-Silber-**  
Platin-Bruch, Zahn-  
gebisse, Uhren, Ket-  
ten, Ringe, taucht zu  
hohen Tagespreisen  
Hahn & Co., Juweller  
u. Goldschmied, Ren-  
delln, Unter den Eichen 23

**Reste-Haus**  
**C. Pelz**  
Rottbuser Str. 5

Anzugstoffe  
Kostümstoffe  
Mantelstoffe  
Kleiderstoffe  
Seidenstoffe

Mäntel, Kostüme  
Röcke  
2 % Rabatt!

**Gold Silber Platin**  
=Bruch  
Brillanten  
kauft reell zu  
höchsten  
Tagespreisen  
**C. Käferle**  
Uhrmacher - Juweller  
Frankfurter Allee 278

**Fahrtvergütung!**

**Noch billiger!**

**Alles übertreffend!**

Greifen Sie zu!

Ohne Rücksicht auf große Verluste! Ohne Rück-  
sicht aus heute weit höheren Herstellungspreisen!

**Herren-Anzüge 165 000, 129 000, 95 000, 75 000, 45 000**

**Jünglings-Anzüge . . . 75 000, 58 000, 36 000, 23 000**

**Sommer-Schlüpfer . 145 000, 95 000, 78 000, 52 000**

**Gummi-Mäntel . . . . 120 000, 75 000, 58 000, 45 000**

**Hosen . . . . . 28 000, 22 000, 15 000, 8 500**

Bechtzelliges Erscheinen verhindert den Antrug in den Abendstunden!

**Kauf erleichtert durch Anzahlung**

**Hugo Simon**

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

**133 CHARLOTTENBURG 133**  
Wilmersdorfer Straße  
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

**Leihhaus**  
**Humboldt**

Die besten Fabrikate  
immer noch  
billig

**Fuchs**

Schönhauser Allee 72  
Am Ringbahnhof

**Preis-Abbau!**

Wir haben unsere  
**Bettwäsche**  
Laken, Handtücher, Bezüge, Tisch-  
decken, Servietten, inlette, Damast-  
garitur, bestickt u. mit Einsatz usw  
um 50 Proz. herabgesetzt.

Bitte überzeugen  
Sie sich vor Einkauf bei uns  
**Kohl & Kupferberg, Bettwäschefabrik**  
Invalidenstr. 6, Ecke Bergstraße,  
Nähe Stettiner Bahnhof

Dieses Inserat gilt als Gutschein von  
800 M. bei Einkauf von 10.000 M. an.

**Riesen-Auswahl in**  
**Herren-Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Gummimäntel**

Enorm  
billig! Keine I ombardware! Enorm  
billig!

Gerichtstr. 23, dicht am Nettelbeckplatz.

**Zähne auf Teilzahlung**

Durch frühzeitigen Einkauf bin ich in der Lage, meinen  
Patienten **halben Tagespreises** künstliche  
zum **halben Tagespreises** Zähne,  
Kronen u. Brückenarbeiten auf Kredit zu liefern.

**Volle Garantie.**

Plomben usw., Umarbeitungen u. Reparaturen sofort.

**Hans Berlin, Dentist** Moabit, Stephanstr. 17, 1  
Ecke Rathenower Straße.  
Sprechzeit von 9-12 und 2-7, Sonntags von 10-12

Das  
Schulprogramm  
der  
Sozialdemokratie  
v. RICH. LOHMANN

Ein prakt. Handbuch  
für Eltern, Lehrer u.  
Erzieher, in dem nicht  
nur die Forderungen  
der Sozialdemokratie  
zusammengefasst  
sind, sondern auch die  
nähesten Möglichkeiten  
zur (schrittweisen) Er-  
reichung des Zieles  
dargelegt werden.

Preis-Grandszahl  
M. 0,50

Buchhandlung  
Vorwärts  
BERLIN SW 48  
LINDENSTR. 8

**Einkauf von Brillanten,**  
Berlin, Smaragde, Platin, Gold, und  
Silberbruch, sowie Uhren, Ketten, Ringe,  
Schapiro, Ringe, Kronen, etc., im Laden.

**Platin-, Gold- und Silberbruch**  
Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe  
sowie  
Almetalle **kauft zu**  
Engrospreisen

**M. ZEISKE**  
Berlin O., Schreinerstr. 32  
(Laden)

1 Minut vom Hof. Frankf. Allee  
— Fahrgeleitvergütung —  
Größtes Abstragelbiet für Händler

**Ungeheuer** gestiegen im Preise sind  
alle Lebensmittel u. Be-  
darfsartikel. Kleine Anzeigen **billig!**  
im Vorwärts sind immer noch **billig!**

**Gardinen- u. Teppichhaus „Rila“** Inh. Richard Lange  
Wilmersdorf, Uhlandsstrasse 105 (an der Berliner Strasse)

**Künstlergardinen, Halbstores, Deutsche Teppiche, Brücken, Vorlagen, Läuferstoffe, Tisch- u. Divandecken, unerreicht billig**